

SPD begrüßt Bebauung des Bundesbank-Geländes

Ortsverein Altstadt-Mitte setzt sich für mehr Bürgerbeteiligung und Orientierung an bestehende Gebäudehöhen ein

VON MATTHIAS HOLTHAUS

Ostertor. Der SPD Ortsverein Altstadt-Mitte positioniert sich für eine geplante Bebauung auf dem Gelände der Bundesbank in der Kohlhöckerstraße. In einem jetzt verfassten Beschluss zur Bebauung des Bundesbank-Geländes unterstreicht der Ortsverein noch einmal die Schaffung von zusätzlichen und günstigem Wohnraum in allen Stadtteilen als gesamtstädtisches Ziel.

„Die Errichtung von Wohnbebauung an dieser Stelle würde im Sinne einer angestrebten innerstädtischen Verdichtung dazu beitragen, ohne weitere Flächenversteigerung Angebote für viele Bremerinnen und Bremer zu schaffen.“ Daher begrüßt der SPD-Ortsverein Altstadt-Mitte eine Bebauung und Schaffung von Wohnraum an dieser Stelle sowie den im bislang vorliegenden Entwurf vorgesehenen hohen Grünflächenanteil und die Öffnung zum Imre-Nagy-Weg ausdrücklich. Für den Ortsverein steht jedoch auch fest: „Keinesfalls darf eine potenzielle Bebauung den einzigartigen Charakter der umliegenden Straßenzüge und das innerstädtische Stadtbild als Ganzes beeinträchtigen.“ Und auch auf die Belange der Anwohnerinnen und Anwohner sowie der Bürgermeister-Smidt-Schule solle geachtet und eine frühzeitige Information über Abriss- und Bauarbeiten gewährleistet werden. Zudem müssten die Beeinträchtigungen durch Abriss- und Bauarbeiten auf ein vertretbares Maß beschränkt werden.

Der SPD Ortsverein Altstadt-Mitte spricht sich für eine Quote von 30 Prozent an Sozialwohnungen bei der Bebauung des Geländes aus, zudem müsse sich die Gesamthöhe der Bebauung an den benachbarten und umliegenden Gebäuden orientieren. „Der höchste Punkt des Gebäudes sollte den des BLG-Gebäudes nicht übersteigen“, heißt es im Beschluss. „Ein Hochhaus, so wie es im bislang vorliegenden Entwurf vorgesehen ist, wird daher abgelehnt.“ Die im bislang vorliegenden Entwurf vorgesehene Grünfläche müsse dauerhaft für die Öffentlichkeit zugänglich und zum Imre-Nagy-Weg hin geöffnet werden.

Ein transparentes Verfahren wünscht sich der Ortsverein ebenso: Bei allen Verfahrensschritten sollen daher die Öffentlichkeit und die zuständigen Gremien mit hinreichend zeitlichem Vorlauf informiert und beteiligt werden. „Bei künftigen Bauvorhaben im weiteren Umfeld sind Geschossflächenzahlen und Bauvolumina im Einklang mit der vorliegenden charakteristischen Bebauung zu entwickeln“, heißt es weiter: Die Gebäudehöhe bei der Bebauung des Bundesbankgeländes dürfe daher keine unverhältnismäßige Höhenentwicklung in Ostertor und Steinor nach sich ziehen. Die Bürgerbeteiligung solle bei entsprechenden Bauvorhaben „rechtzeitig und vor Festlegung der verbindlichen Planungsgrundlagen durchgeführt werden.“

„Am Ende geht es darum, möglichst viel Wohnraum zu schaffen, der sich vernünftig

an das Umfeld anpassert“, sagt Holger Ilgner, Fraktionsmitglied der SPD im Beirat Mitte. Und Fraktionssprecherin Birgit Olbrich ergänzt: „Wir reden nicht vom Milchquartier, sondern von einer Hochbebauung in unmittelbarer Nähe des BLG-Gebäudes. Und aus ökologischer Perspektive hat der Entwurf sogar den Vorteil, dass er Flächen entsegt.“

Gegenüber der jetzigen Situation könne man durch eine Bebauung ziemliche Vorteile sehen, sagt Holger Ilgner. „Derzeit nimmt ein großes, hässliches Gebäude viel Platz ein, welcher nicht genutzt wird.“ Das Gebäude stehe

darüber hinaus nicht im Kernbereich des Viertels, aber auch nicht in der Innenstadt. „Das ist ein Grenzbereich“, meint er, „und sich im Rahmen der jetzigen Bebauung an die Geschosshöhe zu halten, ist Minimalkonsens.“ Alles andere müsse man herausarbeiten, um das Bestmögliche für die Gegend herauszuholen.

Zwar sage die Bürgerinitiative „Kein Hochhaus im Viertel“, das geplante Gebäude sei ein Einfallstor, um dort hoch zu bauen, meint Birgit Olbrich. „Und das ist auch nicht ganz von der Hand zu weisen“, doch allein durch das Instrument des vorhabenbezogenen Bebauungsplans sei es dort überhaupt möglich, die Sozialbauquote einzuhalten und weitere Forderungen daran zu knüpfen. Insgesamt sehe sie aber nicht die Gefahr, dass Hochhäuser ins Viertel kommen. „Aber man sollte das dortige Potenzial nutzen, auch für zukünftige Verfahren wie dem Remberting.“ Der Kreisel biete ein riesiges Potenzial, die dortige städtebauliche und soziale Spaltung zu überwinden. „Das ist zudem ein städtisches Grundstück, da hat man auch einen ganz anderen Handlungsspielraum.“

Für die Bebauung des Bundesbankareals sieht Holger Ilgner keine Alternative: „Dass an der Stelle was gemacht werden muss, ist klar. Am Ende geht es gesamtbreitisch um Schaffung von Wohnraum – auch, um Druck vom Markt zu nehmen.“ Und Birgit Olbrich meint: „Ich fände es ausgesprochen schade, wenn dort keine Bebauung stattfindet.“



Soll für Wohnbebauung weichen: das frühere Bundesbankgebäude. FOTO: ROLAND SCHENITZ